

Madeleine Camprubi

Ungeschriebene Grenzen der Rückwirkung von Rechtssätzen in der Schweiz

Unter besonderer Berücksichtigung der
Rückwirkungsformel des Bundesgerichts



Stämpfli Verlag

Rückwirkende Normen gelten im Prinzip als verpönt. Das Bundesgericht hat für die Bedürfnisse der Praxis gestützt auf Art. 4 aBV dennoch Voraussetzungen aufgestellt, unter welchen rückwirkende Normen ausnahmsweise zulässig sind (Grundlage im Gesetz, triftige Gründe, mässige Rückwirkungsdauer, Beachtung der Rechtsgleichheit und der wohlverwahrten Rechte). Diese Praxis ist seit 1966 unangetastet geblieben. Das erstaunt, weil sie mit vielen Unklarheiten behaftet ist. Es fragt sich namentlich, inwiefern sich die bundesgerichtliche Formel von den ohnehin geltenden allgemeinen Voraussetzungen staatlichen Handelns unterscheidet.

Die Untersuchung geht der Rückwirkungsthematik eingehend nach und unterzieht die bundesgerichtliche Rechtsprechung einer kritischen Analyse. Sie richtet sich an den Praktiker, der mit intertemporalen Fragen konfrontiert ist, und bietet zugleich Wege für eine theoretische Einbettung der Grenzen der Rückwirkung an.

Madeleine Camprubi
PD Dr. iur., Rechtsanwältin

Ungeschriebene Grenzen der Rückwirkung von Rechtssätzen in der Schweiz

**Unter besonderer Berücksichtigung der
Rückwirkungsformel des Bundesgerichts**



Stämpfli Verlag

Habilitationsschrift der Universität Zürich

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2020
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-2177-4

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-2176-7



Und Er sagte zu ihnen ein Gleichnis: Niemand reisst einen Lappen
von einem neuen Kleid und flickt ihn auf ein altes Kleid;
sonst zerreisst man das neue und der Lappen
vom neuen passt nicht auf das alte. (*Lukas 5:36*)

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich als Habilitationsschrift abgenommen. Sie entstand dank Unterstützung von verschiedener Seite. Ich bedanke mich zunächst bei meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Beatrice Weber-Dürler für ihre Unterstützung bei der Themenwahl für die Habilitation und für ihre kritische Durchsicht des Manuskripts, als die Arbeit erst grob stand. Ich danke weiter den Gutachtern, Frau Prof. Dr. Regina Kiener und Herrn Prof. Dr. Felix Uhlmann, für ihre Nachsicht, für ihre wohlwollende Aufnahme und für ihre wertvollen formellen Anregungen. Für die Unterstützung zu Beginn der Arbeit danke ich Herrn lic. iur. Martin Eckner und im Endspurt bin ich den Herrn Prof. Dr. Thomas Gächter, Dr. Moritz von Wyss und Dr. Martin Bertschi sehr dankbar, letztere insbesondere für den anregenden Austausch mit Blick auf den Probevortrag. Zu danken habe ich auch den Herrn Prof. Dr. Giorgio Biaggini und Prof. Dr. Alain Griffel für ihre berechtigte Kritik an meiner ursprünglichen Bearbeitung des Themas. Diese Kritik schloss den Versuch ab, eine wissenschaftliche Arbeit ganz im Sinne des Rückwirkungsverbots, d.h. ohne materielle Überarbeitung des Aufbaus, sondern immer mit dem Blick nach vorne, den im Laufe der Arbeit gewonnenen neuen Erkenntnissen folgend, zu verfassen. Nichtsdestotrotz bleibt für mich die Frage offen, ob die Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse im juristischen Bereich ohne rückwirkende Bearbeitung doch nicht bestehen könne. Meine Dankbarkeit gilt schliesslich allen lieben Menschen, die mich im Laufe der Bearbeitung in irgendeiner Form begleitet oder unterstützt haben, und insbesondere denjenigen, die sich die Zeit genommen haben, um Teile der Arbeit in sprachlicher Hinsicht zu überprüfen: Herrn lic. iur. Tom Zuber, Frau MLaw Maika Federau, Frau Mag. Sabine Zhang, Herrn Dr. Martin Bertschi. Meiner Tochter Marguerite, deren feenhafte Leichtigkeit mich stets inspiriert haben, danke ich für die Geduld und für die praktische Hilfe vor der Abgabe des Manuskripts.

Oetwil am See, Adventszeit 2019

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
§ 1 Einführung: Überblick über die Rechtslage und Fragestellungen.....	3
§ 2 Begriff der Rückwirkung von Rechtssätzen.....	69
§ 3 Grenzen der Rückwirkung von Rechtssätzen	287

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXXIII
Einleitung	1
§ 1. Einführung: Überblick über die Rechtslage und Fragestellungen	3
A. Grenzen der Rückwirkung von Rechtssätzen.....	3
1. Thema der Untersuchung.....	3
2. Geschriebene und ungeschriebene Grenzen der Rückwirkung	5
a) Allgemeines.....	5
b) Geschriebene Rückwirkungsverbote im Strafrecht und im Privatrecht	6
c) Ungeschriebenes Rückwirkungsverbot im Verwaltungsrecht: Bundesgerichtliche Rückwirkungsformel	7
d) Kantonalrechtliche Grenzen der Rückwirkung.....	11
aa) Einheitliche Ausprägung des Rückwirkungsverbots in der Schweiz.....	11
bb) Geschriebene Rückwirkungsgrenzen in acht Kantonen	13
cc) Unterschiede zur bundesgerichtlichen Praxis.....	15
3. Direkte und indirekte sowie besondere Grenzen der Rückwirkung	19
a) Nebeneinander von direkten und von indirekten Grenzen der Rückwirkung	19
b) Indirekte Grenzen der Rückwirkung	20
c) Leges speciales zum Rückwirkungsverbot	22
B. Die bundesgerichtliche Rückwirkungsformel	23
1. Seltenheit von Entscheiden zu den Grenzen der Rückwirkung	23
2. Entstehungsgeschichte der Rückwirkungsformel	24
3. Begriff der Rückwirkung	27
4. Anwendungsbereich der bundesgerichtlichen Rückwirkungsformel	29
a) Belastende Rückwirkung von Rechtssätzen im Vordergrund.....	29
b) Rückwirkung von Rechtssätzen der Legislativorgane	32
c) Rückwirkung von Rechtssätzen des Verwaltungsrechts	32
d) Ausschluss des Verfahrensrechts.....	35
5. Verfassungsmässige Verankerung und Rechtsschutz	36
a) Verfassungsmässige Grundlagen der Rückwirkungsformel gemäss Praxis und Lehre	36
b) Unterscheidung zwischen den Voraussetzungen für die zulässige Rückwirkung und dem Rückwirkungsverbot	39
c) Rechtsschutz.....	39
6. Die Rückwirkungsformel als Produkt richterlicher Verfassungs- fortbildung und als Schweizer Unikum	42
a) Geringer Einfluss der Lehre auf die Rückwirkungsformel	42

b)	Die bundesgerichtliche Rückwirkungsformel im Rechtsvergleich: ein Schweizer Unikum	43
aa)	Überblick über die Rechtslage in verschiedenen europäischen Rechtsordnungen	43
bb)	Deutsch-österreichischer subjektiver Ansatz	45
cc)	Französischer objektiver Ansatz	49
C.	Rückwirkungsgrenzen als Thema in der Schweizer Lehre	51
1.	Allgemeines	51
2.	Intensiveres Interesse für die Rückwirkungsgrenzen nach dem II. Weltkrieg	52
a)	Neue Impulse	52
b)	Einfluss der Lehre auf die Praxis	55
3.	Vernachlässigung der Rückwirkungsgrenzen nach der Entstehung der Rückwirkungsformel 1966	56
a)	Allgemeiner Konsens	56
b)	Vereinzelte kritische Stimmen	57
c)	Herrschende Lehre heute	62
D.	Vorgehen in der Untersuchung	64
1.	Induktiver Ansatz	64
2.	Aufbau	65
a)	Unterteilung	65
b)	Begriff der Rückwirkung	66
c)	Regelung der Grenzen der Rückwirkung	67
§ 2.	Begriff der Rückwirkung von Rechtssätzen	69
A.	Verwendungen des Begriffs der Rückwirkung im geschriebenen Recht	69
1.	Rückwirkung von Verfügungen und von Rechtssätzen	69
2.	Präzisierungen und Unterscheidung zwischen dem «Inkrafttreten» und der «Inkraftsetzung» von Rechtssätzen	72
3.	Erlasse mit einer Rückwirkungsklausel: Überblick über die Rechtslage	76
a)	Allgemeines	76
b)	Rückwirkungsklauseln in Verordnungen	78
c)	Rückwirkungsklauseln in der BV und in Volksinitiativen des Bundes	80
d)	Rückwirkungsklauseln in Bundesgesetzen und in Staatsverträgen	84
4.	Grenzen der Rückwirkung von Rechtssätzen nach positivem Recht	87
a)	Allgemeines	87
b)	Im Privatrecht	89
c)	Im Strafrecht	91
d)	Im Staatsvertragsrecht	93
e)	Im Staats- und Verwaltungsrecht	93
B.	Verwendung des Begriffs in der Praxis des Bundesgerichts und sein Verhältnis zum Begriff im geschriebenen Recht	96
1.	Ablösung der Rechtsprechung zur Rückwirkung von Rechtssätzen des Verwaltungsrechts von den geschriebenen Grenzen der Rückwirkung nach ZGB und nach StGB	96
a)	Ablösung um die Jahrhundertwende (1900)	96
b)	Einzelne Ausnahmen	98
c)	Fehlende direkte Geltung der Schlussbestimmungen ZGB für die gesamte Rechtsordnung	99

d)	Interessenlage	103
2.	Materielles und formelles Verständnis der Rückwirkung	107
a)	Berührungspunkte und Unterschiede zwischen den Erlassen mit einer Rückwirkungsklausel und der Rückwirkung gemäss Bundesgerichtspraxis	107
b)	Konstitutive und deklaratorische Rückwirkung	111
aa)	Konkludente Praxis der Rechtssetzungsorgane	111
bb)	Lehre	114
cc)	Rückblick auf die ältere Praxis	115
c)	Besondere Konstellationen	116
aa)	Praxisänderungen	116
bb)	Rezeption einer Gerichtspraxis	120
cc)	Authentische Gesetzesinterpretation	121
dd)	Auslegende Weisungen der Bundesverwaltung	123
ee)	Ausführungsverordnungen	125
C.	Abgrenzung der rückwirkenden von der rein prospektiven Rechtssetzung	126
1.	Massgeblichkeit des Verhältnisses von zwei Zeitpunkten zueinander	126
a)	Allgemeines	126
b)	Mittelweg zwischen dem Erfordernis einer Rückwirkungsklausel und demjenigen eines bloss inhaltlichen Vergangenheitsbezugs	128
c)	Erfordernis einer positivrechtlichen intertemporalen Normenkollision	131
aa)	Rückwirkung als Institut des Rechtspositivismus	131
bb)	Beispiele zur Illustration	134
d)	Massgebliche Zeitpunkte	137
2.	Datierung des Erlasses	138
a)	Objektive Perspektive	138
b)	Zweideutigkeit des Begriffs des Inkrafttretens	139
c)	Massgeblichkeit des Inkraftsetzungsaktes	140
d)	Irrelevante Momente (Publikation, Erwerbungsbeschluss)	142
e)	Feststellung des Tags der Inkraftsetzung	146
f)	Sonderfälle	147
g)	Bei Staatsverträgen	152
h)	Beispiel zur Illustration	153
3.	Datierung des Sachverhalts	154
a)	Erstellung des Sachverhalts	154
b)	Gesamtereignis bildende Tatsachen	154
c)	Einzel- und mehrgliedrige Sachverhalte	155
d)	Grundsätze der Alternativität und der Attraktion bei untrennbaren Sachverhaltsblöcken	157
e)	Echte und unechte Rückwirkung	158
f)	Allgemeine Würdigung der Praxis	160
g)	Terminologische Aspekte	164
4.	Unterscheidung des Bundesgerichts zwischen der echten und der unechten Rückwirkung	169
a)	Die Leitentscheide aus dem Jahr 1970 und ihre Quellen	169
aa)	Späte Unterscheidung zwischen der echten und der unechten Rückwirkung	169
bb)	Kantonale Regeln zum Jagdpatent	171

cc)	Rückgriffsregelung nach dem VStG	172
dd)	Belege aus Literatur und Judikatur	174
b)	Weitere Entscheide.....	177
aa)	Allgemeines	177
bb)	Kanalisationsanschlussgebühren.....	179
cc)	Unechte Rückwirkung zugunsten der Privaten	181
dd)	Verlängerung der Ausbildungsdauer.....	183
ee)	Sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten	184
c)	Zulässigkeitserfordernis für die unechte Rückwirkung und zunehmende Bedeutung von anderen Grundsätzen (v.a. Anspruch auf angemessenes Übergangsrecht)	186
aa)	Reduktion des Schutzbereichs des Rückwirkungsverbots.....	186
bb)	Erfordernis der Beachtung der wohlerworbenen Rechte.....	187
cc)	Konnexe mit der Praxis zum Anspruch auf angemessenes Übergangsrecht	190
5.	Parallel laufende Praxis bei Abgaben, Sozialversicherungsleistungen, Kontingenten (sog. Rückanknüpfung).....	194
a)	Zulässigkeit der Heranziehung von alten Bemessungsgrundlagen	194
b)	Verhältnis zur Unterscheidung zwischen der echten und der unechten Rückwirkung.....	195
6.	Kritik: Problem des Fehlens eines übergreifenden Konzepts und seine Folgen.....	197
a)	Mangelnde Voraussehbarkeit der Praxis	198
b)	Innere Widersprüche	199
c)	Fehlender Zusammenhang zur intertemporalrechtlichen Praxis.....	201
aa)	Allgemeines	201
bb)	Praxis betreffend die Verwirklichung des schwerwichtigsten Teils des Sachverhalts.....	202
cc)	Inkrafttreten von neuem Recht im Laufe eines pendenten Verfahrens.....	203
dd)	Unzulänglichkeit der Rückwirkungspraxis	207
d)	Ungenügender Schutz der Privatinteressen und Gefahr gesetzestechnischer Manipulationen	208
7.	Würdigung in der Lehre	210
a)	Allgemeines.....	210
b)	Alternativen nach der Schweizer Lehre.....	213
aa)	GIACOMETTI (1960).....	213
bb)	CH. ZIMMERLI (1967) und BROGGINI (1969)	214
cc)	OTT und EBERLE (1952 bzw. 1960).....	218
dd)	WEBER-DÜRLER und JÖHL (1983 bzw. 1996).....	220
ee)	Zusammenfassung: Zwei Grundtendenzen	222
8.	Exkurs: Praxis und Lehre in Deutschland.....	223
a)	Praxis.....	223
aa)	Verfassungsfortbildung durch das Bundesverfassungsgericht	223
bb)	Ableitung des Rückwirkungsverbots	226
cc)	Unterscheidung zwischen echter und unechter Rückwirkung.....	227
b)	Alternativen nach der deutschen Lehre	229
aa)	Intensive Beschäftigung mit der Rückwirkungsthematik und allgemeine kritische Haltung.....	229

bb) Grundtendenzen.....	231
cc) Einzelne Standpunkte nach 2000	232
dd) ILIOPOULOS-STRANGAS (1986)	237
ee) PIEROTH (1981)	239
D. Eigener Ansatz: Neue Handhabung der bundesgerichtlichen Rückwirkungsdefinition.....	244
1. Allgemeiner Ansatz	244
a) Beibehaltung des Begriffs der Rückwirkung.....	244
b) Relative Massstäbe.....	244
c) Ziel des Begriffs	245
2. Konkrete Grundsätze	246
a) Objektiv abgegrenztes materielles Verständnis	246
aa) Erfordernis einer materiellen Änderung der Rechtslage	246
bb) Erfordernis einer intertemporalen Normenkollision	249
b) Zeitliches Verhältnis zwischen dem Datum des Erlasses und demjenigen des Sachverhalts.....	250
aa) Datierung des Erlasses nach objektiven Kriterien.....	250
bb) Problem der Datierung des Sachverhalts	251
c) Datierung des Sachverhalts	253
aa) Abkehr vom Schein der Objektivität und Bekenntnis zu einem Entscheidungsspielraum bei der Bestimmung des abgeschlossenen Sachverhaltsblocks	253
bb) Massgeblichkeit des Vertrauensschutzes und des Verhältnismässigkeitsprinzips	256
cc) Berücksichtigung von Opportunitätsüberlegungen und der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers.....	258
d) Begriff der Rückwirkung, wenn keine Privatinteressen direkt betroffen sind	260
3. Definition der Rückwirkung	262
a) Formulierung.....	262
aa) Massgeblichkeit des letzten entscheidenden Schritts	262
bb) Kausalität zwischen den Rechtsfolgen und dem Handlungs- beschluss der Privaten.....	263
cc) Definition.....	265
b) Vergleich mit der Dauer der Vertragsbindung nach OR.....	266
c) Anwendungsbeispiele.....	267
aa) Verlängerung der Ausbildungszeit.....	267
bb) Revision von Anstellungsbedingungen für öffentlich- rechtlich Angestellte ex nunc et pro futuro	268
cc) Gesetzesrevision im Laufe eines pendenten Verwaltungsverfahrens	269
dd) Neue Fristen.....	271
ee) Neue Verzugszinsen	274
ff) Anpassung einer Invalidenrente ex nunc et pro futuro.....	274
gg) Heranziehung von alten Daten zur Bemessung neuer Abgaben.....	275
hh) Revision ex nunc et pro futuro von steuerfreien Einkünften.....	275
ii) Sanierungspflicht für Altlasten	276

4.	Definition der Rückwirkung bei Volksinitiativen: Lösungen de lege ferenda	277
E.	Zusammenfassung	279
1.	Tour d'Horizon	279
2.	Formelles und materielles Verständnis der Rückwirkung	281
3.	Handhabung des Begriffs in der Praxis	283
4.	Würdigung und Befürwortung einer neuen Handhabung des Begriffs	284
§ 3.	Grenzen der Rückwirkung von Rechtssätzen.....	287
A.	Die Rückwirkungsproblematik	287
1.	Vorbemerkung: Faktische Grenzen rückwirkender Rechtssätze und Erfordernis der Transformation	288
2.	Praktische und rechtliche Argumente zugunsten der Rückwirkung.....	291
a)	Vorteile der rückwirkenden Rechtssetzung	291
aa)	Ausdehnung des Anwendungsbereichs und Aufholung von Zeit.....	291
b)	Nivellierungseffekt und gesetzesübergreifende Gleichbehandlung	292
c)	Ausschaltung der Nachwirkung von altrechtlichen Vorschriften	293
d)	Wahl eines praktikablen Vollzugsbeginns.....	295
e)	Surrogat für fehlende vorsorgliche Massnahmen (Verhinderung von Umgehungsmanövern)	296
f)	Vorteile der Rückwirkung im Lichte des Verhältnismässigkeitsprinzips	299
g)	Rechtliche Grundlagen, die für die Zulässigkeit der rückwirkenden Rechtssetzung sprechen.....	300
3.	Praktische und rechtliche Argumente zulasten der Rückwirkung.....	303
a)	Nachteile der rückwirkenden Rechtssetzung.....	303
aa)	Voraussehbarkeit und Berechenbarkeit der Rechtsordnung.....	303
aaa)	Zentrales Problem der Rückwirkung.....	303
bbb)	Bei Rechtssätzen, die noch nicht verabschiedet sind	309
ccc)	Aspekt des «venire contra factum proprium»	310
bb)	Wirkungen auf die Kompetenzen des Gesetzgebers	312
aaa)	Allgemeines	312
bbb)	Rückwirkende Rechtsanwendung	313
ccc)	Rückwirkende Rechtssetzung	314
ddd)	Revolutionäres Potenzial der Rückwirkung	315
eee)	Rückwirkung und politisches Stimmrecht	317
fff)	Vertikale und föderale Gewaltenteilung.....	318
cc)	Kompetenzen der Exekutive und der Justiz	320
b)	Rechtliche Grundlagen, die gegen die Zulässigkeit der Rückwirkung sprechen	322
aa)	Verfassungsmässige Normen und Grundsätze	322
bb)	Allgemeine staatliche Zielsetzungen.....	331
cc)	Völkerrecht	332
4.	Breite Palette von Regelungsmöglichkeiten	333
a)	Rückwirkungsregelung als Spiegelung der Wertung der Änderungsinteressen ex tunc gegenüber den «Einfrierungsinteressen»	333

b)	Ausschliesslichkeitsklausel versus Gewährungsklausel: Historische Gegenüberstellung und Einordnung der schweizerischen Regelung der Rückwirkung	336
aa)	Ausschliesslichkeitsklausel versus Gewährungsklausel.....	336
bb)	Ursprünge und historische Entwicklung der Gewährungsklausel.....	336
cc)	Gewährungsklausel in der Bundesgerichtspraxis.....	340
dd)	Gewährungsklausel in der Praxis der Rechtssetzungsorgane des Bundes.....	343
c)	Stellungnahme zugunsten der relativen Gewährungsklausel.....	344
aa)	Rechtfertigung der Gewährungsklausel	344
bb)	Probleme eines absoluten Rückwirkungsverbots	345
cc)	Rechtfertigung der relativen Gewährungsklausel	347
dd)	Konkrete Rechtfertigungsgründe für die Rückwirkung	349
d)	Beschränkte Ausschöpfung des rückwirkungshemmenden Potenzials des innerstaatlichen Rechts in der Praxis	350
B.	Indirekte Grenzen sowie besondere Grenzen der Rückwirkung	351
1.	Allgemeines.....	351
2.	Nach innerstaatlichem Recht	353
a)	Freiheitsrechte	353
b)	Eigentumsgarantie und wohlerworbene Rechte.....	353
c)	Öffentlich- und privatrechtliche Verträge.....	356
d)	Intertemporale Grundsätze und Anspruch auf angemessenes Übergangsrecht	357
e)	Weitere Normen und Prinzipien	358
3.	Nach der EMRK, dem UNO-Pakt II und dem sonstigen Völkerrecht	359
a)	Vorbemerkungen.....	359
b)	Überblick über die Praxis der Rechtsprechungsorgane des Europarates zur EMRK.....	362
c)	Allgemeines Völkerrecht und Art. 28 VRK	366
aa)	Auslegungsregel der Nichtrückwirkung.....	366
bb)	Folgen eines Verstosses gegen die bundesgerichtliche Rückwirkungsformel.....	369
cc)	Folgen des Verstosses gegen die Grenzen der Rückwirkung gemäss der EMRK.....	370
dd)	Staatsvertragspraxis in der Schweiz	371
d)	Kasustik zur EMRK	373
aa)	Auswahl von Entscheiden.....	373
bb)	Gesamtwürdigung.....	387
e)	Fehlende Bezüge in der Schweiz zur rückwirkungsrelevanten EMRK-Praxis.....	389
C.	Bundesgerichtliche Formel zu den Grenzen der belastenden Rückwirkung – Chronik einer Praxis, die 1966 «gestrandet» ist	390
1.	Ursprünge und Entwicklung der Rückwirkungsformel bis 1966.....	390
a)	Rückwirkung in der Rechtsanwendung.....	390
aa)	Frühe Ablehnung einer Befugnis der Behörden zur rückwirkenden Rechtsanwendung	390
bb)	Kehrtwende im Entscheid Girod (1900)	393

cc)	Rückkehr zur ursprünglichen Linie im Entscheid Fölmli (1921).....	395
dd)	Entwicklung bis zur definitiven Formel im Entscheid Schmid § Co. (1966).....	396
ee)	Zusammenfassung	398
b)	Rückwirkung in der Rechtssetzung	399
aa)	Entscheid Fölmli (1921)	399
aaa)	Inhalt und Bedeutung	399
bbb)	Umfang und Rechtsnatur der Rückwirkungsgrenzen	402
ccc)	Weitere Entscheide	404
bb)	Entscheid Grüninger (1935).....	406
aaa)	Inhalt und Bedeutung	406
bbb)	Höhere Abstraktionsstufe und weitmaschiger Zulässigkeitsrahmen	408
ccc)	Weitere Entscheide	410
cc)	Entscheid Stückelberger (1951)	412
aaa)	Inhalt und Bedeutung	412
bbb)	Konkrete Argumentation.....	413
ccc)	Rückwirkungsdauer ohne Verbindung zum Rückwirkungsgrund.....	415
ddd)	Anforderungen gemäss dem Gleichbehandlungsgebot	416
eee)	Weitere Entscheide	417
dd)	Entscheid Schmid & Co. (1966)	418
aaa)	Inhalt und Bedeutung	418
bbb)	Geringer Einfluss der Lehre.....	421
ccc)	Auffangfunktion der wohlerworbenen Rechte	423
ddd)	Problem der Fixierung der kasuistisch entstandenen Zulässigkeitsvoraussetzungen	424
eee)	Argument betreffend die Kenntnis der bevorstehenden Rechtsänderung.....	427
c)	Zusammenfassung und Würdigung der Praxis bis 1966.....	428
aaa)	Entstehung des Rückwirkungsverbots in der Rechtsanwendung	428
bbb)	Entstehung des Rückwirkungsverbots in der Rechtssetzung	428
bb)	Verankerungsfrage im Allgemeinen	431
cc)	Verankerung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	432
dd)	Gesamtwürdigung	434
2.	Erstarrung der Rückwirkungsformel nach 1966	437
a)	Stillstand der Praxis nach 1966: Modernität und Anachronismen.....	437
b)	Faktische Verselbstständigung	441
c)	Umdeutung zu einer typisierten Interessenabwägung mit minimalem Entscheidungsspielraum	443
d)	Einführung der «unechten Rückwirkung» 1973 und Bildung einer gesonderten Formel	444
e)	Wegfall des Bezugs zum Vertrauensschutz und zum Verhältnismässigkeitsprinzip	446
f)	Diskrepanz zwischen dem scheinbaren und dem tatsächlichen Schutz der Privatinteressen.....	449

g)	Existenz eines allgemeinen Rückwirkungsverbots als von der Rückwirkungsformel losgelöstes Prinzip?	452
3.	Exkurs: zur Zulässigkeitspraxis in Deutschland	453
4.	Die einzelnen Anforderungen an die rückwirkende Rechtsanwendung heute	456
a)	Erfordernis des gesetzgeberischen Rückwirkungswillens	456
aa)	Anforderungen an den gesetzgeberischen Rückwirkungswillen	456
bb)	Anforderungen an die Normstufe des gesetzgeberischen Rückwirkungswillens.....	457
cc)	Ausnahmen vom Erfordernis des gesetzgeberischen Rückwirkungswillens (Prozessökonomie, Vertrauensschutz)	459
dd)	Folgen eines Verstosses gegen die Anforderungen an die rückwirkende Rechtsanwendung	462
b)	Verhältnis des Rückwirkungsverbots zu weiteren Auslegungsregeln	465
aa)	Zusammenspiel mit weiteren Auslegungsregeln.....	465
bb)	Verhältnis insbesondere zum Grundsatz der lex temporis	468
c)	Verankerung des Erfordernisses des gesetzgeberischen Rückwirkungswillens	471
aa)	Aussagen des Bundesgerichts	471
bb)	Massgebliche Aspekte von Art. 4 aBV	472
d)	Von der Rückwirkungsformel losgelöstes allgemeines Prinzip des Rückwirkungsverbots.....	474
e)	Regel der Nichtrückwirkung gemäss Art. 1–4 SchlT ZGB im Lichte der bundesgerichtlichen Rückwirkungsformel	478
5.	Die einzelnen Anforderungen an die rückwirkende Rechtssetzung heute	482
a)	Rückwirkungsverbot als Metaregel	482
aa)	Schleichender Perspektivenwechsel.....	482
bb)	Unklarheiten	484
b)	Mässige Rückwirkungsdauer.....	484
aa)	Verabsolutierung des Erfordernisses.....	484
bb)	Faustregel.....	486
cc)	Berechnung der Rückwirkungsdauer	488
dd)	Problem der fehlenden Aussagekraft	489
ee)	Mildernde Wirkung der Publizität einer seit langem zu erwartenden Rechtsänderung?	490
c)	Sachlicher und triftiger Rückwirkungsgrund.....	491
aa)	Verabsolutierung des Erfordernisses.....	491
bb)	Konkretisierung des erforderlichen Rückwirkungsinteresses	493
cc)	Zusammenfassung und Würdigung.....	497
d)	Vermeidung «stossender» Rechtsungleichheiten	501
aa)	Auslegungsbedürftigkeit	501
bb)	Quantitative und qualitative Perspektiven.....	502
e)	Beachtung der wohlverworbenen Rechte	504
aa)	Späte Aufnahme des Erfordernisses in die Rückwirkungsformel.....	504
bb)	Verabsolutierung des Erfordernisses.....	505

cc)	Relativer Schutz der wohlerworbenen Rechte	507
dd)	Würdigung	509
ee)	Unterschiede zwischen den wohlerworbenen Rechten und dem Schutz gemäss dem Rückwirkungsverbot	511
ff)	Praktisch inexistente Bedeutung	513
f)	Folgen eines Verstosses gegen die Anforderungen an die Rückwirkung in der Rechtssetzung	515
aa)	Fehlendes Entscheidungsermessen in der Praxis	515
bb)	Beschränkung der Ungültigkeit auf den zeitlichen Anwendungsbereich des Erlasses	517
cc)	Korrektur bei einem unzulässigen Rückwirkungsgrund	517
dd)	Korrektur bei einer unzulässigen Rückwirkungsdauer, bei stossenden Rechtsungleichheiten oder bei einer Verletzung von wohlerworbenen Rechten	520
6.	Verankerung der Rückwirkungsformel nach dem Inkrafttreten der BV 1999	521
a)	Rechtliche Ausgangslage und Aussagen des Bundesgerichts	521
b)	Lehre	524
aa)	Überblick	524
bb)	Im Allgemeinen breites Spektrum von Grundlagen	525
cc)	Im Einzelfall Betonung des Vertrauensgrundsatzes	528
dd)	Objektiver und subjektiver Ansatz	530
ee)	Komplementarität beider Ansätze	531
c)	Verankerung der geltenden Praxis gestützt auf die Argumentation des Bundesgerichts	533
aa)	Aussagen des Bundesgerichts	533
bb)	Unterscheidung zwischen dem Grundsatz des Rückwirkungsverbots und den Voraussetzungen für die zulässige Rückwirkung	535
cc)	Würdigung	536
D.	Grenzen der begünstigenden Rückwirkung	537
1.	Fehlen einer ständigen Praxis	537
2.	Meinungen in der Lehre	542
3.	Vorliegen von begünstigender Rückwirkung (objektive Perspektive)	543
4.	Dogmatische Bedeutung von Grenzen der begünstigenden Rückwirkung	545
5.	Verankerungsfrage	546
6.	Grundsatz der lex mitior	549
a)	Prinzip des fehlenden Anspruchs auf günstigeres neues Recht	549
b)	Schwankungen in der Praxis	552
7.	Eigener Ansatz	555
E.	Grenzen der Rückwirkung prozessualer Vorschriften	556
1.	Allgemeines	556
2.	Lehre	558
3.	BVGE 2010/40	563
a)	Inhalt von BVGE 2010/40	563
b)	Bemerkenswerter argumentativer Aufwand	565
c)	Kritik von Uhlmann/Trümpler	567

d)	Fragen, die BVGE 2010/40 aufwirft	571
4.	Besonderheiten des Prozessrechts	573
a)	Zeitliche Besonderheit.....	573
b)	Besonderheit der Interessenlage	575
5.	Grundlinien und Merkmale der Praxis: Ein kontrastierendes Bild	577
a)	Spärliche Präzedenzfälle	577
b)	Beschränkung der Rechtsprechung auf Teilbereiche des Prozessrechts sowie auf die Rechtsanwendungstätigkeit.....	577
c)	Kontrastierendes Gesamtbild.....	579
d)	Exkurs: Praxis in Deutschland.....	580
6.	Kasuistik.....	581
a)	Entscheid Gisiger und Wullimann (1953) und die vorangegangene Praxis.....	581
b)	Spätere Begründungen für den Ausschluss des Prozessrechts vom Anwendungsbereich des Rückwirkungsverbots	586
c)	Ausnahmen von der Zulässigkeit der sofortigen Anwendung von neuem Verfahrensrecht in der sozialrechtlichen Praxis	595
aa)	Allgemeines	595
d)	Kreation einer grundlegend neuen Verfahrensordnung	596
aa)	Bei abgeschlossenen Verfahrensschritten	598
bb)	Bei Vorschriften zu Fristen oder zu Rechtsmittelinstanzen	600
cc)	Würdigung.....	601
e)	Zusammenfassung.....	603
7.	Indirekte Grenzen der Rückwirkung prozessualer Vorschriften	604
a)	Normen und Grundsätze, die der Rückwirkung von prozessualen Vorschriften entgegenstehen	604
b)	Spärliche Präzedenzfälle	609
c)	Extensive Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers.....	611
8.	Eigener Ansatz.....	612
a)	Bedeutung des Ausschlusses des Rückwirkungsverbots nach der geltenden Praxis	612
b)	Übertragung der Rückwirkungsformel auf das Prozessrecht.....	613
c)	Ausnahmen von der Massgeblichkeit der Rückwirkungsformel	614
d)	Anwendung auf BVGE 2010/40.....	616
F.	Grenzen der Rückwirkung der Bundesverfassung sowie von Volksinitiativen.....	617
1.	Praxis der eidgenössischen Behörden.....	617
a)	Grundsatz der Zulässigkeit von Rückwirkungsklauseln in der Bundesverfassung.....	617
b)	Indirekte Grenze: Erfordernis der Durchführbarkeit von Volksinitiativen	620
c)	Grenzen aus dem Völkerrecht	621
d)	Ablehnende Haltung des Stimmvolks	622
2.	Reformbestrebungen.....	624
3.	Neuansatz de lege ferenda	626
G.	Eigener Ansatz.....	629
1.	Allgemeiner Ansatz.....	629
a)	Unterschiedliche Formeln für die Rechtsanwendung und für die Rechtssetzung sowie Abtrennung der unechten Rückwirkung	629

b)	Rückwirkende Rechtsanwendung.....	630
c)	Rückwirkende Rechtssetzung: Restriktivere Formel flankiert von einer Auflösung der Unklarheiten des Grundsatzes des Rückwirkungsverbots.....	631
aa)	Beibehaltung des Grundsatzes der Unzulässigkeit der Rückwirkung.....	631
bb)	Änderung der geltenden Zulässigkeitsvoraussetzungen.....	632
cc)	Verankerung.....	633
2.	Rückwirkende Rechtsanwendung: Grundsatz der Nichtrückwirkung	634
a)	Grundsatz der Nichtrückwirkung	634
b)	Ordre-public-Klausel.....	635
c)	Verankerung und Rechtsschutz	637
d)	Nichtrückwirkung als Grundlage für weitere Grundsätze	640
3.	Rückwirkende Rechtssetzung: Grundsatz des Rückwirkungsverbots.....	642
a)	Leitlinien	642
aa)	Änderungsbedarf.....	642
bb)	Neuformulierung der zulässigen Rückwirkungsgründe im Sinne einer typisierten Interessenabwägung	642
cc)	Grundsätzlicher Verzicht auf weitere Gesichtspunkte	645
b)	Neue Erfassung des zulässigen Rückwirkungsgrunds	646
aa)	Allgemeines	646
bb)	Qualifizierte Fehlerhaftigkeit des bisherigen Rechts.....	647
cc)	Vereitelung neuer gesetzgeberischer Anliegen	652
dd)	Unzulässigkeit des Interesses an der Verhinderung von Umgehungsmanövern	655
ee)	Unzulässigkeit des Interesses an der Nachholung von Zeit.....	656
ff)	Öffentliche Interessen bei der begünstigenden Rückwirkung	656
c)	Vorbehalt des Sonderopfers statt des Erfordernisses der Vermeidung stossender Rechtsungleichheiten	657
d)	Verankerung.....	657
e)	Rechtsschutz.....	660
f)	Frage der Anerkennung als nationaler Ordre public nach Art. 27 IPRG	662
g)	Zur Rückwirkung von Rechtssätzen, wenn keine Privatinteressen direkt betroffen sind	663
H.	Zusammenfassung	667
1.	Ausgangslage.....	667
2.	Die ungeschriebenen Grenzen der Rückwirkung von Rechtssätzen gemäss der Bundesgerichtspraxis	669
3.	Eigener Ansatz: Grundsatz der Nichtrückwirkung von Rechtssätzen und Grundsatz des Verbots der rückwirkenden Rechtssetzung	678

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	am Anfang
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 für die gesammten deutschen Erbländer der Oesterreichischen Monarchie
a.E.	am Ende
al.	alinéa
a.M.	anderer Meinung
a. M.	am Main
Abs.	Absatz
aBV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (alte Bundesverfassung)
AHVg	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis, Lachen
Amtl. Bull. NR/SR	Amtliches Bulletin Nationalrat/Ständerat
Anwaltsgesetz	Bundesgesetz vom 23. Juni 2000 über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (SR 935.61)
appl.	application
ARG	Amtsbericht des Regierungsrates und der Gerichte an den Landrat des Kantons Glarus, Glarus
ARGVP	Ausserrhodische Gerichts- und Verwaltungspraxis, Herisau
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
ASA	Archiv für schweizerisches Abgaberecht, Bern
AsylG	Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (SR 142.31)
ATF	arrêt du Tribunal fédéral
ATSG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.1)
Aufl.	Auflage
AuG	Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (SR 142.20)
BB1	Bundesblatt
Bd./Bde	Band/Bände

BEHG	Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel vom 24. März 1995 (SR 954.1)
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts, Amtliche Sammlung (Lausanne)
BGer	Bundesgericht/s
BGG/Bundesgerichtsgesetz	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (SR 173.110)
BJ	Bundesamt für Justiz
BLVGE	Basellandschaftliche Verwaltungsgerichtsentscheide, Liestal
BöB	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1994 über das öffentliche Beschaffungswesen (SR 172.056.1)
BPR	Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (SR 161.1)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
BVG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40)
BVGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts, Amtliche Sammlung (Bern, ab 2012 St. Gallen)
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
BVR	Bernische Verwaltungsrechtsprechung, Bern
bzw.	Beziehungsweise
ca.	circa
CEDH	Convention européenne des droits de l'homme du 4 novembre 1950 (SR 0.101)
consid.	considérant
CP	Code pénal fédéral du 21 décembre 1937 (SR 311.0)
Cst.	Constitution fédérale du 29 mai 1874
d.h.	das heisst
DAA	Abkommen vom 26. Oktober 2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags (SR 0.142.392.68)

DBG	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (SR 642.22)
ders./dies.	derselbe/dieselbe, n
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Die Praxis	Die Praxis des Bundesgerichts, Monatliche Berichte über die wichtigsten Entscheide des schweizerischen Bundesgerichts, einschliesslich Sozialversicherungsentscheide, Basel
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung – Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft, Stuttgart
E.	Erwägung/en
éd.	édition
erg.	ergänzt/e
EVD	Eigenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGVSZ	Entscheide der Gerichts- und Verwaltungsbehörden des Kantons Schwyz
eidgen.	eidgenössischer/e/es/en
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101)
erw.	erweiterte
et. al.	et alii/iae/ia (und andere)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union (vor dem Vertrag von Lissabon: Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift, Kehl am Rhein
f./ff.	und folgende Seite/und folgende Seiten
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main
FHSG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über die Fachhochschulen (SR 414.71)
Fn	Fussnote
Fr.	Schweizer Franken

FS	Festschrift
FZA	Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweiz und der EG über die Freizügigkeit (SR 142.112.681).
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl 1949, 1)
GL 2019	Gesetzgebungsleitfaden, Leitfaden für die Ausarbeitung von Erlassen des Bundes, herausgegeben vom Bundesamt für Justiz, 4., vollst. überarb. und erg. Aufl. 2019
GL 2007	Gesetzgebungsleitfaden, Leitfaden für die Ausarbeitung von Erlassen des Bundes, herausgegeben vom Bundesamt für Justiz, 3., nachgeführte Aufl. 2007
gl.M.	gleicher Meinung
GTG	Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Gentechnik im Ausserhumanbereich (SR 814.91)
GTR 2013	Gesetzestechische Richtlinien, Schweizerische Bundeskanzlei, vollständig überarbeitete Ausgabe, Bern 2013
h. L.	herrschende Lehre
Hrsg.	Herausgeber/in(nen)
Habil.	Habilitationsschrift
i.f.	in fine (am Ende)
i.S.	in Sachen
i.V.m.	in Verbindung mit
inkl.	inklusive
insbes.	insbesondere
IppbR	Internationaler Pakt vom 16. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (SR 0.103.2)
IPRG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (SR 291)
IRSG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (SR 351.1)
IVV	Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (SR 831.201)
JZ	Juristenzeitung, Deutsche Rechts-Zeitschrift und Süddeutsche Juristen-Zeitung, Tübingen
KGTG/ Kulturgütertransfergesetz	Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über den internationalen Kulturgütertransfer (SR 444.1)
KV/AG	Kantonsverfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980 (SR 131.227)

KV/AR	Kantonsverfassung des Kantons Appenzell Ausserrhoden vom 30. April 1995 (SR 131.224.1)
KV/BE	Kantonsverfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993 (SR 131.212)
KV/BL	Kantonsverfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 (SR 131.222.2)
KV/GL	Kantonsverfassung des Kantons Glarus vom 1. Mai 1988 (SR 131.217)
KV/GR	Kantonsverfassung des Kantons Graubünden vom 14. September 2003 (SR 131.226)
KV/JU	Kantonsverfassung des Kantons Jura vom 20. März 1977 (Constitution de la République et Canton du Jura du 20 mars 1977 ; SR 131.235)
KV/NE	Kantonsverfassung des Kantons Neuenburg vom 24. September 2000 (Constitution de la République et Canton de Neuchâtel du 24 septembre 2000; SR 131.233)
KV/NW	Kantonsverfassung des Kantons Unterwalden nid dem Wald vom 10. Oktober 1965 (SR 131.216.2)
KV/TG	Kantonsverfassung des Kantons Thurgau vom 16. März 1987 (SR 131.228)
KVG	Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (SR 832.10)
LeGes	LeGes – Gesetzgebung & Evaluation: Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung, Bern
LGVE	Gerichts- und Verwaltungsentscheide im Kanton Luzern, Luzern
lit.	litera
m.E.	meines Erachtens
m.H.	mit Hinweisen
MVG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über die Militärversicherung (SR 833.1)
MinVG	Bundesgesetz vom 22. März 1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (SR 725.116.2)
MStP	Militärstrafprozess vom 23. März 1979 (SR 322.1)
N.	Note, n/Randnote, n
n.F.	neue Folge
neubearb.	neubearbeitete

NJW	Neue Juristische Wochenschrift (München)
Nr.	Nummer/n
OG/Organisationsgesetz	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (SR 173.110)
OR/Obligationenrecht	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) (SR 220)
OS	Offizielle Sammlung der Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich
OWVVGE	Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsentscheide des Kantons Obwalden, Samen
p.	page
ParlG	Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Bundesversammlung (SR 171.10)
Partnerschaftsgesetz	Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (SR 211.231)
Plädoyer	Plädoyer, Magazin für Recht und Politik, Zürich
PG	Postgesetz vom 17. Dezember 2010 (SR 783.0)
Prot.	Protokoll
PublG/Publikationsgesetz	Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (SR 170.512)
PUBLICA-Gesetz	Bundesgesetz vom 20. Dezember 2006 über die Pensionskasse des Bundes (SR 172.222.1)
Publications	Publications of the European Court of Human Rights, Köln/Berlin/Bonn/München (bis und mit 1996)
PublV/ Publikationsverordnung	Verordnung vom 17. November 2004 über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (SR 170.512.1)
PVG	Praxis des Verwaltungsgerichts Graubünden, Chur
RDAF	Revue de droit administratif et de droit fiscal, Revue genevoise de droit public, Genève
Rdnr	Randnummer
REP	Repertorio di giurisprudenza patria, Lugano
Reports	European Court of Human Rights, Reports of Judgments and Decisions, Köln/Berlin/Bonn/München (nach 1996)
RJJ	Revue de Jurisprudence Jurassienne
RJN	Revue de Jurisprudence Neuchâteloise
RKUV	Rechtsprechung zur Kranken- und Unfallversicherung

RPR	Rekurspraxis der Regierung des Kantons Graubünden, Chur
RVJ	Revue valaisanne de jurisprudence, Sitten
Rn.	Randnummer
Rz.	Randziffer
S.	Seite/n
s.d.	sine die
s.l.	sine loco
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SchKG	Bundesgesetz vom 11. April 1889 über das Schuldbtreibungs- und Konkursrecht (SR 281.1)
SchlT ZGB	Schlusstitel zum ZGB
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung, Zürich
sog.	sogenannt/e/en
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB/Strafgesetzbuch	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
SVG	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1953 über den Strassenverkehr (SR 741.0)
SVR	Sozialversicherungsrecht Rechtsprechung, Basel
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht, Zürich
TA	Tages-Anzeiger, Zürich
UBS-DBA	Abkommen vom 19. August 2009 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Amtshilfegesuch des Internal Revenue Service der Vereinigten Staaten von Amerika betreffend UBS AG, einer nach schweizerischem Recht errichteten Aktiengesellschaft, (SR 0.672.933.612)
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, abgeschlossen in New York am 16. Dezember 1966 (SR 0.103.2)
USG	Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (SR 814.01)
UVG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (SR 832.20)
UWP	Umweltrecht in der Praxis, Zürich

Abkürzungsverzeichnis

ÜbBest.	Übergangsbestimmung/en
überarb.	überarbeitete
v	versus
VEB	Verwaltungsentscheide der Bundesbehörden
VGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht (SR 173.32)
vgl.	Vergleiche
Verantwortlichkeitsgesetz	Bundesgesetz vom 14. März 1958 über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (SR 170.32)
VStG	Bundesgesetz vom 13. Oktober 1965 über die Verrechnungssteuer (SR 642.21)
vollst.	Vollständig
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden (Fortsetzung der VEB)
VPR	Verordnung vom 24. Mai 1978 über die politischen Rechte (SR 161.11)
VRK	Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (SR 0.111)
VStrG	Bundesgesetz vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (SR 313.0)
VÜPF	Verordnung des Bundesrates vom 31. Oktober 2001 über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (SR 780.11)
VVWA	Verordnung des Bundesrates vom 11. August 1999 über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (SR 142.281)
VwVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021)
Wasserrechtsgesetz	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1916 über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (SR 721.80)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins, Bern
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht, Zürich
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
ZP	Zusatzprotokoll

XXX